

vorschriften des Absenders im Frachtbriefe, 3. Aufnahme von Ausführungsbestimmungen über die Signierung der Stückgüter im Deutschen Eisenbahngütertarif. C. Befreiung des Winterfahrplans 1909/1910.

- Das „Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen“, dessen neuer Jahrgang 1909 soeben bei C. Heinrich in Dresden erschienen ist (Preis 1 M.), stellt alljährlich die neuesten Ergebnisse der Verwaltung und des öffentlichen Lebens zusammen, soweit sie in Zahlen ausgedrückt werden können. Der Inhalt erstreckt sich demnach auf die Zusammenfassung und die berufliche Tätigkeit der Bevölkerung, die Landeserteilung, die Eheschließungen und Scheidungen, Geburten und Sterbefälle, Wanderungen, Gefunden- und Krankenpflege, Selbstmorde und Unglücksfälle, Gewerbebetrieb und Arbeitsverhältnisse, Landwirtschaft und Viehstand, Berlehr, Handel und Preisbewegung, Finanzen, Steuern und Einkommen, Tausen und Trauungen, Lehranstalten und Präfekturen, Justiz- und Heeresstellen, Versicherung, Gesellschaften, Wahlen u. c. und auch meteorologische und Wasserstandsverhältnisse. Ein alphabetisches Sachregister für den Inhalt der nunmehr sechzehn Jahrgänge ist beigegeben.

- Die Herausgeber von Kalendern und Almanachen, die für das Königreich Sachsen bestimmt sind, werden wiederum auf die neu eingeführte Namenreihen der Tage des evangelischen Kalenders hingewiesen, wie sie im Königl. Sächsischen Normalkalender für das Jahr 1910 (herausgegeben vom Königl. Statistischen Landesamt, Berlin von C. Heinrich in Dresden-Reutlingen) enthalten ist.

Deutsches Reich.

Zu der Monarchenbegegnung in den finnischen Schären.

Die schon wiedergegebene Mitteilung der „St. Petersburger Telegraphen-Agentur“ erwähnt den bevorstehenden Besuch Sr. Majestät des Kaisers beim Kaiser von Russland in den Schären mit folgenden Worten: „In diesen Tagen findet die schon früher beabsichtigte Begegnung mit dem Deutschen Kaiser statt, der nun seine Bereitswilligkeit ausgesprochen hat, der Einladung des Kaisers Nikolaus Folge zu leisten und ihn um die Mitte des Juni während des Aufenthalts der Majestäten in den finnischen Schären zu besuchen.“

Zur Zusammenkunft der Finanzminister der Bundesstaaten.

Die Beratung der Finanzminister der Bundesstaaten dauerte gestern bei 3½ stündiger Mittagspause von 10 Uhr früh bis 9 Uhr abends. Den Entwürfen der Einkommenssteuer sowie der Änderung des Stempelsteuergesetzes wurde zugestimmt. Dagegen wurden die Reichsvertragssteuer und die Röntgensteuer abgelehnt. Über die Einzelheiten wird Stillschweigen beobachtet. Die Vorlagen gehen Montag abend dem Reichstag zu.

Der Seniorenkongress des Reichstags.

Wie in Reichstagskreisen verlautet, beabsichtigt der Präsident Graf Stolberg, den Seniorenkongress am Dienstag, den 15. d. M., zu einer Sitzung einzuberufen.

Die Normal-Eichungs-Kommission.

Im Reichssammlung des Innern zu Berlin fand am 8. Juni unter dem Vorsitz des Direktors v. Jonquieres und unter Beteiligung der Kaiserl. Normal-Eichungskommission eine Beratung über wichtige Fragen der Ein- und Ausführung der neuen Maß- und Gewichtsordnung für das Deutsche Reich vom 30. Mai 1909 statt, zu der auf Einladung des Reichsammlung des Innern von den zunächst beteiligten Bundesregierungen Vertreter, für Sachsen Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat im Ministerium des Innern Dr. Gelhaar, abgeordnet waren.

Reform der inneren Verwaltung Preußens.

Der „Königl. Preußische Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Königs von Preußen über die Reform der gesamten inneren Verwaltung, für die unter dem Vorsitz des Ministers des Innern eine besondere Immediatkommission eingesetzt werden soll. Die Kommission hat die Aufgabe, gutschätzliche Vorschläge auszuarbeiten, die dann die Grundlage für die weiteren Verhandlungen im Schoße des Staatsministeriums bilden. Ihr gehörten hervorragende gegenwärtige und frühere Staatsbeamte an, so Staatsminister Graf Bobo zu Eulenburg, Staatsminister Oberpräsident Graf v. Bedry-Trützschler, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Wiesbaden, Rat Dr. v. Bitter (Charlottenburg), Oberpräsident Dr. Frhr. v. Schorlemmer-Bieker, Oberbürgermeister Albrecht (Frankfurt a. M.) u. c.

* Die im Berlin am 10. Juni ausgegebene Nr. 29 des Reichsgesetzblatts enthält: Gesetz, betreffend die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds und des hinterbliebenen-Versicherungsfonds; Allerhöchster Erlass, betreffend Abänderung der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Naturaleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden; Bekanntmachung, betreffend die Errichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinmühren (Steinmühlenbetrieb), sowie Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegte Liste.

Ausland.

Churchill zur Politik Großbritanniens.

(W. T. B.)

London, 10. Juni. In der heutigen Sitzung des Press Kongresses hielt Handelsminister Churchill eine Rede, in der er darauf hinwies, die englischen Schriftsteller möchten sich aller Auseinandersetzungen enthalten, durch die Reibungen und Unfrieden unter den Nationen hervorgerufen würden.

Das englische Budget.

(W. T. B.)

London, 10. Juni. Die zweite Lesung des Finanz-

gesetzes ist heute mit 366 gegen 209 Stimmen angenommen worden. Die Mitglieder der Arbeiterpartei stimmten für das Budget. Im Laufe der Debatte führte Premierminister Asquith aus, die Regierung habe gesucht, die nötigen Mittel aufzubringen, ohne die Industrie zu belasten und ohne notwendige und einfache Gewinne des Volkes zu beeinträchtigen.

Zur Sommerreise des Zaren.

Über die Sommerreise des russischen Kaisers erfährt die „Nationalzeitung“, daß die Reihenfolge der Besuche nun mehr feststeht. Der Kaiser wird Deutschland, Schweden, Frankreich, England, Italien und Dänemark besuchen.

London, 10. Juni. Im Unterhause erklärte heute in Beantwortung einer Anfrage der Staatssekretär des Außen, Sir Edward Grey, daß der russische Kaiserpaar absichtlich bei seiner Rückkehr vom Besuch des Präsidenten Fallières in Cherbourg den König und die Königin während der Regattawoche in Cowes zu besuchen. Dieser Besuch, erklärte der Staatssekretär, wird sich in denselben Linien halten, wie der, der im letzten Jahre von dem Kaiser und der Königin dem Kaiser und der Kaiserin in Revel abgestattet wurde und wie die Begegnungen mit dem Deutschen Kaiser und dem König von Schweden, die, wie ich erahne, verabredet sind, und wie andere Besuche, wie die bei dem König von Italien, die, wie es heißt, in Aussicht genommen sind.

Zur Lage in Russland.

(W. T. B.)

St. Petersburg, 10. Juni. Die Ernennung des außerordentlichen Gesandten beim päpstlichen Stuhl Sasonow zum Gehilfen des Ministers des Außen wird amtlich bekanntgegeben.

Zur Lage in Frankreich.

(W. T. B.)

Paris, 10. Juni. Der Ministerrat setzte heute den Etat für 1910 in großen Zügen fest. Der Etat wird in den ersten Tagen der nächsten Woche der Kammer vor-gelegt werden.

Paris, 10. Juni. Der Vollsitzungsausschuß der sozialistisch-radikalen Partei hat beschlossen, die Demission des Obmanns Lassalle nicht anzunehmen, weil sie auf einem Mißverständnis beruhe. Lassalle hat darauf seine Demission zurückgezogen.

Zur Kirche in Frankreich.

(W. T. B.)

Paris, 10. Juni. Der Ministerrat setzte heute den Etat für 1910 in großen Zügen fest. Der Etat wird in den ersten Tagen der nächsten Woche der Kammer vor-gelegt werden.

Paris, 10. Juni. Der Vollsitzungsausschuß der sozialistisch-radikalen Partei hat beschlossen, die Demission des Obmanns Lassalle nicht anzunehmen, weil sie auf einem Mißverständnis beruhe. Lassalle hat darauf seine Demission zurückgezogen.

Zur Kirche in Frankreich.

(W. T. B.)

Paris, 10. Juni. Der Ministerrat hat das Ver-

mögen der Kirche zu St. Etienne de Toulouse, Département Bas de Languedoc, der katholischen Kultusvereinigung über-

wiesen, die sich trotz dem vor kurzem erlassenen ausdrücklichen Verbots des Papstes gebildet hatte. Die katholischen Blätter erheben schärfsten Einspruch gegen die Entscheidung des Justizministers, weil sie angeblich mit dem Trennungsgesetz im Widerspruch steht.

Die französischen Anarchisten und Syndikalisten.

(W. T. B.)

Paris, 10. Juni. Die Polizei nahm in der Wohnung von 23 Anarchisten oder Syndikalisten, unter ihnen Herold und Grandjean, Haussuchungen vor, weil sie in dem Verdacht stehen, eine Organisation zur Unbrauchbarmachung von telegraphischen und telefonischen Linien in die Wege geleitet zu haben. In den Wohnungen von fünf Anarchisten wurden Briefe gefunden, die zur Vergleichung von Handschriften und Druckschriften revolutionären Inhalts dienen werden. Im übrigen sind die Haussuchungen ergebnislos ausgefallen.

Paris, 11. Juni. Wie verlautet, sind die gestern vorgenommenen Haussuchungen durch folgenden Vorfall veranlaßt worden: Vor kurzem wurden bei Vole zwei Leute in dem Augenblicke festgenommen, als sie an dem Fuße einer Telegraphenstange eine Bombe niedergelegen wollten. Bei beiden wurde ein Brief vorgefunden, in dem es u. a. heißt, man müsse für die Kameraden von der Post etwas Großes unternehmen. Dem Brief lag ein Rundschreiben bei, in dem die Mittel zur wirksamen Verrottung von Telegrafenlinien angegeben wurden. Die eingeleitete Untersuchung ließte angeblich den Sicherheitsbehörden die Namen derjenigen Personen in die Hände, die das Rundschreiben erhalten. Unter den Leuten, bei denen gestern Haussuchungen abgehalten wurden, befinden sich mehrere Royalisten, unter ihnen ein gewisser de Boever, der vor einigen Monaten wegen des Besuchs, das Isoladental in Surenden zu zerstören, verhaftet worden war. Die Revolutionäre behaupten, die Regierung wolle die Royalisten nur deshalb in die Angelegenheit verwickeln, um den Anschein zu erwecken, daß sie einer antirepublikanischen Verschwörung auf die Spur gekommen sei. Die Revolutionäre, bei denen gestern Hausdurchsuchungen vorgenommen worden waren, versammelten sich abends bei ihrem Rechtsanwalte Bouzon und beschlossen, daß, falls sie als Beschuldigte oder als Zeugen vor dem Untersuchungsrichter erscheinen sollten, jede Antwort verweigern würden.

Spanien und Marokko.

(W. T. B.)

Einer Meldung des „Imparcial“ aus Langer folge ist man dort überzeugt, daß eine Rückkehr des spanischen Gesandten Merrys del Val nach Langer unmöglich geworden ist. Allein der Brief des Sultans Mulay Hassid an König Alfons, aus dem das Bestehen einer gewissen Aimojität zwischen dem Vertreter des Sultans El Guebas und Merrys del Val hervorgeht, dürfte ein ständiges Hindernis für das letztere Rücksicht sein. El Guebas hat überdies ein eigenhändiges Schreiben des Sultans erhalten, in dem dieser ihm seine Anerkennung für die bewiesene Haltung und seinen Takt ausspricht.

Zur Lage in der Türkei.

(W. T. B.)

Wie in einem Teile der gestrigen Ausgabe (unter den Drohnachrichten) bereits mitgeteilt wurde, hat vorgestern in Konstantinopel in Anwesenheit von Truppen und Publikum vor dem Kriegsministerium die kriegsgerichtliche Degradierung des Marschalls Tahir und des Brigadegenerals Tahir, beide Albanesen, stattgefunden.

Saloniki, 10. Juni. Das Gericht von einem Vertrag, Abdul Hamid zu entführen, wird vom Korpskommandanten und allen maßgebenden Stellen als un-

Konstantinopel, 10. Juni. Die Deputiertenkammer nahm nach kurzer Debatte einstimmig das außerordentliche Budget des laufenden Finanzjahres an. Das Budget weist 5 325 000 Pf. Einnahmen und 5 311 638 Pf. Ausgaben auf, darunter für Zwecke des Kriegsministeriums 3 600 209 Pf. und für die Marine 93 911 Pf. Der größte Teil dieser Summen ist für die Beschaffung von Geschützen und Munition sowie für die Ausrüstung der Truppen bestimmt. Das Haus nahm sodann in zweiter Lesung das Pensionsgesetz für die infolge der Reform der Ministerien überzähligen Beamten an.

Rom, 10. Juni. Der König empfing heute in feierlicher Audienz die türkische Sondergesandtschaft zur Ratifizierung der Thronbesteigung des Sultans Mohammed V.

Peterhof, 10. Juni. Der Kaiser empfing heute in feierlicher Audienz die türkische Sondergesandtschaft zur Ratifizierung der Thronbesteigung des Sultans Mohammed V. Die Sondergesandtschaft reist heute abend wieder ab.

Berlin, 11. Juni. Die am morgigen Sonnabend in Berlin eintreffende türkische Sondergesandtschaft zur Ratifizierung der Thronbesteigung Mohammeds V. wird am Sonntag von Sr. Majestät dem Kaiser in Audienz empfangen werden.

Zur Kretafrage.

Wie in einem Teile der gestrigen Ausgabe (unter den Drohnachrichten) bereits mitgeteilt wurde, erklärt die Konstantinopeler Zeitung „Sabah“ gegenüber Nachrichten europäischer Blätter über die Kretafrage, die Türkei bedauert weder einen Land noch einen Seekrieg zu unternehmen, sie führt vielmehr nur mit den schwärmischen Kretdiplomatischen Verhandlungen zur Erledigung der kretischen Frage.

Konstantinopel, 10. Juni. Die gesamte hierige Presse beschäftigt sich fortwährend mit der Kretafrage, tritt jedoch nicht mehr von Gewaltmaßregeln. Trotz Versicherungen von türkischer Seite neigen alle politischen Kreise der Ansicht zu, daß das Auslaufen des türkischen Schutzwesens wegen der Kretafrage auch demonstrativen Charakter habe. Es verlautet, daß die diplomatischen Verhandlungen der Schutzherrschaft sowohl in Athen als auch hier Mäßigung in der Kretafrage anempfehlen.

Zur Türkei und Persien.

(W. T. B.)

Konstantinopel, 10. Juni. Der persische Botschafter hat heute bei der Pforte Schritte wegen der Zurückziehung der türkischen Truppen unternommen. Der Großwesir erklärte, daß die türkischen Truppen aus Istanbula zurückziehen würden, sobald die Lage sich dort beruhigt zu bezeichnen.

Zur Lage in Marokko.

(W. T. B.)

Langer, 10. Juni. Die Kommission für öffentliche Arbeiten hat die Errbauung von zwei großen Höfen in Langer und in Casablanca beschlossen.

Hes, 10. Juni. Die Beni Mter haben sich bereit erklärt, eine Kriegsentlastung zu zahlen und andere Friedensbedingungen zu erfüllen, weigerten sich jedoch, bewaffnete Kontingente zu stellen.

Mannigfaltiges.

Dresden, 11. Juni.

* Ihre Exzellenz die Frau Oberhofmeisterin Ihrer Königl. Hoheit der Frau Prinzessin Johanna Georg, Freifrau v. Fins, hat heute einen Urlaub nach der Schweiz bis mit Ende Juni d. J. angetreten.

* Dem vorläufigen Berichte des „Dresden. Anz.“ über die gestrige Stadtverordnetenversammlung ist nachstehendes entnommen: Von den zur sofortigen Beschlusshandlung gestellten Registrandeneingängen seien erwähnt: Von der Königl. Hofschauspielerin Fr. Pauline Ulrich, Professorin der Schauspielkunst, liegt folgendes Dankesbrief vor: „Hochgewürzter Bürgermeister! Hochgeehrt und erfreut durch die Überreichung der goldenen Medaille und die herliche Adresse der Stadt Dresden, erlaube ich mir, meinen herzlichsten, tiefgesühlten Dank auszusprechen. Ich bin stolz und tief gerührt, von meinem zweiten Heimat so ehrenvoll ausgezeichnet worden zu sein. Mit vorzüglichster Hochachtung ergebe ich Pauline Ulrich, den 25. Mai 1909.“ — Über die Bewilligung von 800 M. zur Begrüßung der Teilnehmer an dem am 18. und 19. Juni 1909 in Dresden stattfindenden ersten deutschen Kongresse für Säuglingsfürsorge erstattete Hr. Stadtv. Kaufmann Rippe Bericht und empfahl namens des Verwaltungsausschusses: Kollegium wolle der Ratsvorlage gemäß für die Zwecke der Begrüßung des ersten deutschen Kongresses für Säuglingsfürsorge den Beitrag von 800 M. zu Lasten der Position des diesjährigen Haushaltplans bewilligen. Hierzu erklärte Hr. Stadtv. Nebelius Fleißner namens seiner Freunde, daß sie zwar den Bestrebungen des Kongresses für Säuglingsfürsorge durchaus sympathisch gegenüberstehen, daß sie aber prinzipiell dagegen seien, daß städtische Mittel zu Bewirtungen bewilligt würden. Hr. Stadtv. Syndicus Dr. Stresemann trat in eingehenden, mehrfach von Beifalläufern begleiteten Ausführungen für Annahme des Auschüttungsgutachtens ein. Hr. Schriftsteller Kaufmann Grünzner stellte den Standpunkt des Verwaltungsausschusses in der Frage der Bewilligung von städtischen Mitteln zu Repräsentationszwecken fest, teilte mit, daß der Auschluß im vorliegenden Falle zu einer beispieligen Entstreuung gelommen sei, und bat um Annahme des Auschüttungsgutachtens. Das Auschüttungsgutachten wurde gegen 10 Stimmen angenommen.

Über die Ratsvorlage, betreffend die Bewilligung eines Verechnungsgeldes zur Befreiung der Kriegsentratisationskosten aus Anlaß der im Jahre 1909 in Dresden stattfindenden Kongresse, Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen erstaute ebenfalls Hr. Stadtv. Kaufmann Rippe Bericht, und schlug namens des Verwaltungsausschusses vor: Kollegium wolle die Ratsvorlage ablehnen. Hr. Stadtv. Hablitzelbauer Gregor erklärte, zahlreiche Bürger hätten den fürstlichen Beschluß des Kollegiums, mittels dessen ein Beitrag zur Bewilligung